



Landesverband  
Rheinland-Pfalz

## **Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 22. März 2026**

**Ein Land - vier Diözesanverbände:  
Limburg, Mainz, Speyer und Trier**

### **Unsere Position und Forderungen zum Thema**

#### **FAMILIE**

Kolping versteht Familien als Lernorte des Glaubens, der Wertevermittlung, der Kultur und der Solidarität (59).

Kolping ermutigt Menschen zum Leben in und mit Familie und setzt sich für den im Grundgesetz verankerten besonderen Schutz von Ehe und Familie ein (60).

Kolping sieht die Familie als Grundbaustein der Gesellschaft an und setzt sich für ein gelingendes Familienleben ein (61).

Leitbild von KOLPING in Deutschland

Politik im Land trägt Verantwortung für die

- Entwicklung generationenübergreifender Wohnformen und Schaffung familienfreundlicher, bezahlbarer Wohnungen,
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen, die der Lebenswirklichkeit beider Elternteile gerecht werden,
- Beseitigung, bzw. Verhinderung von Kinderarmut durch ein existenzsicherndes Familieneinkommen,
- Generationengerechte Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung,
- besondere Unterstützung und Hilfen für Familien in besonderen Lebenslagen, wie Großfamilien, Alleinerziehende bzw. Einelternfamilien, Familien mit Pflegebedarf, Familienangehörigen und Kindern mit gesundheitlichen, körperlichen und seelischen Handicaps.

#### **Prekäre Beschäftigungsverhältnisse**

Für KOLPING sind Familie und Familienpolitik daher wichtige Anliegen. Vielfältige Ehe- und Familienleistungen im Land und Bund helfen Familien wirtschaftlich und ermöglichen in vielen Bereichen soziale Teilhabe. Dennoch können Familien, Lebenspartnerschaften und Alleinerziehende von Armut betroffen sein. Vielfach ist ein Einkommen nicht ausreichend. Auch bei uns stellt sich deshalb die Frage, wie das Risiko der Kinderarmut eingegrenzt und der prekären Situation, z. B. von Alleinerziehenden mit Kindern, entgegengewirkt werden kann.

Für KOLPING sind die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Arbeitsbedingungen der Wirtschaft die zentralen Fragen, die nach wie vor unbefriedigend gelöst sind.

Für uns als Verband darf es nicht sein, dass die Familie der Wirtschaft untergeordnet ist. Arbeit sollte so organisiert sein, dass sie den Belangen der Familie entspricht.

Allein in Rheinland-Pfalz waren im 3. Quartal 2025 rd. 345.000 (!) Minijobber\*innen im Gewerbe und ca. 16.000 in Privathaushalten beschäftigt. Damit liegt Rheinland-Pfalz im Bundesländervergleich jeweils auf Platz 6. Die Corona-Pandemie hat in Teilbereichen zwar zu einer Reduzierung der Minijobs geführt, was jedoch im Gesamtkontext die Menschen bei Verlust eines solchen prekären Arbeitsplatzes mangels sozialer Absicherung (zum Beispiel durch die Zahlung von Kurzarbeitergeld) zum Teil von existenzsichernden, staatlichen Transferleistungen wie Grundsicherungsleistungen mindestens temporär abhängig gemacht hat.

Folgende Fragen können im Rahmen von Diskussionsrunden gestellt werden:

- **Wie kann das nach wie vor hohe Niveau an geringfügiger Beschäftigung dauerhaft reduziert werden?**
- **Mit welchen Maßnahmen bzw. ergänzenden Maßnahmen über die aktuellen gesetzlichen Regelungen hinaus, kann eine familienfreundliche Arbeitswelt gefördert werden?**

## **Kinderbetreuung**

**Kinderbetreuung** ist ein Sammelbegriff für die Betreuung von Kindern außerhalb ihrer eigenen Familie. Gegenstand der politischen Diskussion ist vor allem die öffentlich oder privat organisierte **Kindertagesbetreuung**. Sie umfasst unterschiedliche Betreuungs- und Bildungsangebote wie Kindergärten, Krippen oder die Kindertagespflege. Sie richtet sich vor allem an Kinder im Alter von wenigen Monaten bis zum Schuleintritt, umfasst aber auch ältere Kinder, etwa in Horten und Ganztagschulen. (Quelle: [Friedrich-Ebert-Stiftung](#))

In Rheinland-Pfalz besteht ein **gesetzlicher Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr**. Dieser Anspruch ist im **Kita-Zukunftsgesetz (KiTaG)** verankert und umfasst eine tägliche Betreuungszeit von mindestens sieben Stunden. In der Realität gibt es oft Wartelisten und es fehlen aktuell rund **19.800 Plätze für Kinder unter drei Jahren**, sodass viele Eltern ihren Anspruch nur über Klagen durchsetzen können.

Folgende Fragen können im Rahmen von Diskussionsrunden gestellt werden:

- **Wie können ausreichend Betreuungsplätze geschaffen werden und was machen Sie gegen den Mangel an Erziehenden?**
- **Wie können die Herausforderungen des Fachkräftemangels in den Kitas behoben werden?**
- **Wie soll die Familienfreundlichkeit in vielen Betrieben noch verbessert werden?**
- **Wie soll bezahlbarer Wohnraum insbesondere bei Familien mit mehreren Kindern geschaffen werden?**
- **Welche Lösung sehen Sie, die soziale Ungleichheit zu beheben, damit einkommensschwache Familien Angebote besser nutzen können, gerade weil sie am meisten profitieren würden?**